

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Schuldenproblem - Sparpaket versus Zukunftsinvestitionen

29. Oktober 2024

Österreich hat ein Schuldenproblem. Eine immer weitergehende Verschuldung der Volkswirtschaft muss mittelfristig verhindert werden. Doch ein Sparpaket, wie es aktuell vielfach diskutiert wird, würde laut Expert:innen die Rezession vertiefen, die notwendigen Investitionen in Bildung, Gesundheit und ökologische Maßnahmen verhindern und den sozialen Zusammenhalt weiter schwächen. Welche alternativen Ansätze gibt es dazu?

Speziell Einschnitte in sozialen Bereichen, also das Sparen bei Sozialstaatsausgaben ist kontraproduktiv. Denn wissenschaftliche Befunde legen nahe, dass eine zukünftige Regierung den Sozialstaat als Fundament des österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems betrachten und in seine Funktionsfähigkeit erhalten und verbessern sollte. Der Sozialstaat ist in diesem Sinn „Infrastruktur“ für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozess und nicht reine „Nebenbedingung“. Zu den Fragen, wie Sozialstaatsmaßnahmen sinnvoll ausgestaltet werden sollten, laden wir zu einem Mediengespräch mit zwei hochkarätigen Expert:innen.

Inputs:

[Kurt Bayer](#) (WIFO und WIIW): "**Kein Sparpaket jetzt, soziale Infrastruktur schützen**"

[Ingrid Mairhuber](#) (FORBA): "**Armutsfeste Sozialleistungen: Grundlage einer eigenständigen und umfassenden Teilhabe an der Gesellschaft**"

Moderation: Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Kurt Bayer

Kein Sparpaket jetzt, soziale Infrastruktur schützen

1. Notwendigkeit Sparpaket

Die österreichische Defizit- und Schuldenquote sind sehr hoch, unter anderem da die Regierung ca. 10% eines Jahres-BIP ohne Bedingungen (Klima, sozial) als Corona-, Energie- und Inflationshilfen ausgeschüttet hat, deutlich mehr als die meisten anderen EU-Länder.

Die derzeit vorliegenden Daten (3.5% Defizitquote, 82% Schuldenquote) verletzen die Maastricht-Bedingungen, wie auch die Europäische Kommission angemerkt hat. Aber auch die Regeln der EU erlauben es, im Rezessionsfall (der in Österreich vorliegt) die Kriterien zu verletzen, allerdings muss die Regierung einen mittelfristigen Konsolidierungspfad einreichen.

Grundsätzlich meine ich, dass diese Regeln (der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“) unökonomisch und unsozial sind, da sie die Funktionsfähigkeit der Fiskalpolitik massiv behindern. Dies zeigt auch die derzeitige Debatte über notwendige Zukunftsinvestitionen (so etwa die von der EK in Auftrag gegebenen Berichte von M. Draghi (zur Wettbewerbsfähigkeit) und E. Letta-Bericht (zur Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarktes) zeigen, die massive Investitionen für die Zukunft der EU vorschlagen.

Ein derzeitiges Sparpaket würde die Rezession vertiefen, die notwendigen Investitionen in die Nachhaltigkeit verhindern und – weil anzunehmen ist, dass die meisten „Einsparungen“ im Sozialbereich erfolgen würden – den sozialen Zusammenhalt weiter schwächen.

- Dennoch: Österreich hat ein Schuldenproblem. Eine immer weitergehende „Verschuldung“ der Volkswirtschaft muss mittelfristig verhindert werden, aber ohne den Spielraum für Zukunftsinvestitionen (in Klimabekämpfung und -anpassung, in sozialen Zusammenhalt (Armut, Bildung, Gesundheit), in Digitalisierung(?) zu behindern.

Schlagwort: Investitionen ja, laufende Ausgaben stoppen (wobei die Definition, was eine Investition ist, wichtig ist)

2. Sozialstaat als Fundament der gesellschaftlichen Wohlfahrt

Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt, nicht Wirtschaftswachstum, ist das tatsächliche Ziel des Wirtschaftens: dazu zählen neben Einkommen/Vermögen vor allem sozialer Zusammenhalt, Bildung, Kultur, Volksgesundheit, gesunde Umwelt und Klima

Die herrschende Ökonomie geht von Arbeit und Kapital als Inputs in den Produktionsprozess aus (inklusive technischem Fortschritt). Sozialer Zusammenhalt und „Umweltkapital“ werden als Nebenfaktoren, als „collateral damage oder benefit“ betrachtet – tatsächlich sind sie jedoch integraler Bestandteil des Wirtschaftens für den Menschen

- ohne sozialen Zusammenhalt, ohne Vertrauen in Gesellschaft und Politik, ohne „gesunde“ Umwelt kann auch die herrschende Ökonomie nicht funktionieren (Adam Tooze in der FT 7.10.24, The Old US Economy is dying and the new cannot be born <https://www.ft.com/content/225cd989-4edb-4b1f-8e76-8605f1fa3922>)

3. Für Österreich bedeutet dies:

Es braucht ein Bekenntnis der Regierung, dass der Sozialstaat das Fundament des österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems darstellt und in seiner Funktionsfähigkeit erhalten bleiben oder verbessert werden muss. Der Sozialstaat ist „Infrastruktur“ für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozess – und nicht „Nebenbedingung“. Daher sind Investitionen in den Sozialstaat Garanten für die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens.

Wir benötigen einen „Kassasturz“ der vielfältigen Sozialstaatsmaßnahmen: diese müssen auf ihre Zielgenauigkeit (Armutsbekämpfung, gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit) überprüft werden: eine Reihe von Maßnahmen sind heute nicht mehr „nötig“ (wenn auch liebgewonnen), neue, andere Ziele sind jedoch nicht adäquat versorgt

Auch die Organisation des Sozialstaates muss neu diskutiert werden, darunter besonders die jeweilige Zuständigkeit von Bund, Ländern, Gemeinden; von Selbstverwaltungskörpern; von NGO (als Lückenbüßer); neue Formen der gesellschaftlichen Organisation (soziale Innovationen) sind diskussionswürdig (unterstützte Selbstorganisation)

Auch die Finanzierung der einzelnen Zweige des Sozialstaates ist neu zu diskutieren: über „Lohnnebenkosten“ oder allgemeine Abgaben; progressiv oder linear; soll es Deckelungen (bei den Abgaben und Ausgaben) geben?

Eine grundlegende Frage, die zu diskutieren ist, ist ob Sozialausgaben allen zugutekommen sollen oder nur besonders betroffenen Gruppen; dies bezieht sich auf die Diskussion ob generelle Ausschüttung den sozialen Zusammenhalt besser stärkt als reine Armutsbekämpfung („poorservices are poor services“)

Lit:

<https://kurtbayer.wordpress.com/2024/10/09/vom-unsinn-der-aktuellen-sparpaket-debatte/>

<https://wiiw.ac.at/oeffentliche-investitionen-und-sozialstaat-perspektiven-der-budgetpolitik-im-kontext-von-energiekrise-klimawandel-und-eu-budgetregeln-dlp-6484.pdf>

<https://kurtbayer.wordpress.com/2024/09/07/wirtschaftspolitik-denkt-an-die-strukturen/>

<https://kurtbayer.wordpress.com/2024/06/29/wenn-progressive-kraefte-die-eu-wirtschaftspolitik-neu-gestalten-konnten/>

<https://www.ft.com/content/225cd989-4edb-4b1f-8e76-8605f1fa3922>)

Ingrid Mairhuber

"Armutsfeste Sozialleistungen: Grundlage einer eigenständigen und umfassenden Teilhabe an der Gesellschaft"

Die eigenständige und umfassende Teilhabe an der Gesellschaft hängt in Österreich ganz wesentlich von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten ab. Einkommensarmut schränkt diese Möglichkeiten sehr stark ein. Im gut ausgebauten österreichischen Sozialstaat tragen finanzielle Sozialleistungen, sprich Geldleistungen ganz wesentliche zur Vermeidung von Einkommensarmut bei. Jedoch haben nicht alle in Österreich lebenden

Menschen den gleichen Zugang zu diesen Leistungen (z.B. nicht-österreichische StaatsbürgerInnen) und viele der Leistungen vermindern zwar Einkommensarmut verhindern diese aber nicht. Die Eigenständigkeit von Frauen ist durch die traditionelle Übernahme der Care-Arbeit bei gleichzeitiger Erwerbsorientierung des sozialen Sicherungssystems und dem Haushalt als Bezugsgröße für bedarfsgeprüfte Leistungen strukturell stark eingeschränkt.

Eine Verhinderung von Einkommensarmut und ein Ausbau der finanziellen Eigenständigkeit (vor allem von Frauen) in einem der reichsten Länder der Welt macht u.a. eine Weiterentwicklung des sozialen Sicherungssystems notwendig. Einkommensarmut sollte dabei **präventiv** verhindert werden, indem die bestehenden Geldleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe) über die Armutgefährdungsschwelle (2023: Ein-Personen-Haushalt: 1.572 Euro; 1 Erwachsener+1Kind: 2044 Euro; 2 Erwachsene+2 Kinder: 3.301 Euro) angehoben werden. Die finanzielle Eigenständigkeit (von Frauen) müsste u.a. durch einen individuellen Zugang zu den Leistungen (z.B. Ausgleichzulage in der Pension) gewährleistet werden.

In einer erwerbszentrierten Gesellschaft/Ökonomie sind neben den klassischen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter aber auch **neue Schwerpunkte** zu setzen bzw. zusätzliche Risiken zielgerichteter abzusichern: die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Care-Arbeit, die Betreuungsbedürftigkeit von Kindern sowie die Langzeitpflegebedürftigkeit.

Hier braucht es flankierende Maßnahmen, wie etwa den Ausbau von leistbaren Bildungs-, Betreuungs- und Pflegedienstleistungen, einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und professionelle Pflege, damit Frauen und Männer ausreichendes Einkommen über Erwerbstätigkeit lukrieren können. Weiters braucht es arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Maßnahmen für Eltern und pflegende Angehörige, damit sich die Übernahme von Care-Arbeit nicht negativ auf Erwerbseinkommen und finanzielle Sozialleistungen (wie etwa Alterspensionen) auswirken.

Kurative Armutsvermeidung wäre dann tatsächlich über das letzte Netz der sozialen Sicherheit in Form einer echten bedarfsorientierten Mindestsicherung zu leisten. Diese sollte für alle in Österreich lebenden Menschen zugänglich gemacht werden, die keinen Anspruch (mehr) auf sozialversicherungsrechtliche, armutsvermeidende Geldleistungen haben.

Literatur:

Mairhuber, Ingrid/Gaitsch Myriam (2024): Monetäre Transferleistungen zur Vermeidung von Einkommensarmut, in: BMSGPK (Hrsg.): Sozialbericht 2024, Band 2: Sozialpolitische Analysen, S. 232-250

(https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:5c52548c-54ab-413e-aec2-f48500c32a83/BMSGPK_Sozialbericht2024_Band-II_pdfUA.pdf)

Aktuelle Zahlen zu Armutgefährdung in Österreich auf der Webseite der Statistik Austria: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>

Über die Expert*innen

Kurt Bayer war 25 Jahre Forscher am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung; 10 Jahre in leitender Funktion im Bundesministerium für Finanzen, 2 Jahre im Verwaltungsrat der Weltbank (Washington D.C.), 5 Jahre im Verwaltungsrat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (London). Vielseitige Interessen an Industrieökonomie, Einkommensverteilung, Umweltökonomie, Europäischer und österreichischer Wirtschaftspolitik, sowie allgemeinen Fragen der Staatsorganisation; er ist Publizist und Konsulent im WIFO und im WIIW.

Ingrid Mairhuber ist Politikwissenschaftlerin bei der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien und Expertin für Geschlechtliche Arbeitsteilung, Vereinbarkeit, Angehörigenpflege, Alterssicherung.
Kontakt: mairhuber@forba.at

Kontakt für Rückfragen

Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 677 620 44 303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Helena Ott

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 33 145 16

E: ott@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>